

Wie es wirklich ums Land steht

Der Ökonom Benjamin Diokno entzaubert Arroyos Regierungsbilanz

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo zeichnet ein rosarotes Bild von der wirtschaftlichen Lage im Land. Ende August 2007 stellte sie eine Vierteljahresbilanz vor und brüstete sich damit, dass das Wirtschaftswachstum dieses Jahr mit 7,5 Prozent um zwei Prozent über dem des Vergleichs quartals im letzten Jahr liege, »das größte Wachstum seit zwei Jahrzehnten« (PDI, 30.8.2007).

In ihrer jährlichen Regierungserklärung (*State of the Nation Address* oder kurz: SONA) vom 23. Juli 2007 führte sie dies maßgeblich auf umfassende Investitionen in die Infrastruktur des Landes zurück. Investitionen in die »physische, intellektuelle, rechtliche und die Sicherheitsinfrastruktur«, so Arroyo, sollten das Vertrauen der Geschäftswelt steigern und hätten zur Schaffung von einer Millionen neuer Jobs jährlich geführt. Investitionen in ein stärkeres und breiteres soziales Sicherungsnetz führten zu billigen Medikamenten, erschwinglichen Wohnungen, erstklassigen Schulen mit besseren Lehrern. Zudem investiere ihre Regierung in den Frieden auf Mindanao, indem der Terrorismus zermalmt werde und Menschenrechtsverletzungen beendet würden (nach pcij.org, August 2007).

Benjamin Diokno, einst Finanzminister des Landes und heute Wirtschaftsprofessor an der *University of the Philippines* (Diliman) hält diese Errungenschaften »weder für echt noch für nachhaltig.«¹ Während der sechs Jahre von Arroyos Präsidentschaft sei die Wirtschaft nicht ausreichend gewachsen, um in punkto Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut im Leben der meisten Filipin@s, vor allem der Armen, einen Unterschied zu bewirken.

»Es wurden nicht genügend Jobs geschaffen, die Inflation blieb hoch – infolgedessen ist der Elendindex 2006 höher, als noch 2000« so Diokno. (*Diokno berechnet den »Elendindex« [misery index], indem er die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote addiert – die Red.*) Lag dieser Index während der asiatischen Wirtschaftskrise bei 20 Prozent, so sank er zwischenzeitlich auf 15 Prozent. Mittlerweile liegt er wieder knapp unter 20 Prozent.

Das Wirtschaftswachstum, so Diokno, habe in den letzten zwölf Jahren selten über vier Prozent gelegen und sei auch unter Arroyo »bescheiden« gewesen und zudem unausgeglichen verteilt worden.

Auf Kosten der Armen und der Zukunft

Die Filipin@s haben im Jahr 2006 mehr Steuern denn je bezahlt; mit 785 Milliarden Pesos (ein Euro sind ca. 63 Peso) betrug sie 14,8 Prozent des Bruttosozialprodukts (BSP) (2001 waren es noch 489 Milliarden Pesos, was damals 13,5 Prozent des BSP gewesen sind). Dennoch ist weniger für Bildung, Gesundheit oder auch öffentliche Infrastruktur ausgegeben worden; mehr Geld denn je fließt in den Schuldendienst (Zahlen nach Diokno).

So sind die Schuldenzahlungen (Zinszahlungen und Amortisierung) seit 2003 von 470 Milliarden auf 784 Milliarden Pesos im Jahre 2006 gestiegen. Fast auf den Peso genau so viel wie durch Steuern eingenommen wurde. Die Staatsausgaben sind nahezu gänzlich durch frische Kredite gedeckt worden.

Allein die Zinsen belaufen sich auf 292 Milliarden Pesos, mittlerweile 5,5 Prozent des BSP. 1999 waren es noch bloß 3,6 Prozent. Die Amortisationszahlungen sind im gleichen Zeitraum von 99 Milliarden Pesos auf 491 Milliarden Pesos verfünffacht worden. Letzteres ist politisch gewollt. Denn Arroyo setzt auf Haushaltskonsolidierung. Die Schuldenlast konnte allein im letzten Jahr um acht Prozent auf 64 Prozent gedrückt werden. Zugleich ist das Haushaltsdefizit auf 1,2 Prozent verringert worden (nachdem es 2002 mit 5,3 Prozent so hoch war wie nie zuvor). Diese eiserne Haushaltskonsolidierung geht allerdings auf Kosten der übrigen Ausgaben, sie »setzt die Interessen der Gläubiger über die Interessen und Bedürfnisse der Filipin@s«, so die Präsidentin der *Freedom from Debt Coalition* Ana Maria Nemenzo (nach Pacibo 2007). Die Arroyo-Regierung habe in den letzten sechs Jahren zu wenig für Bildung und Gesundheit ausgegeben, so Benjamin Diokno, der daher diese Politik nicht nur für »armenfeindlich«, sondern zudem für »wachstumsfeindlich« hält. So sind die Ausgaben pro

Schüler/in schon in den ersten drei Jahren der Präsidentschaft Arroyos real um 6,5 Prozent zurückgegangen und die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit sogar um fast 19 Prozent. Während in Thailand 27,5 Prozent der öffentlichen Ausgaben (bzw. 4,2 Prozent des BSP) in die Bildung fließen und in Malaysia immerhin noch 20,3 Prozent (was 8,2 Prozent des BSP ausmacht), sind es in den Philippinen gerade mal 17,8 Prozent (bzw. 3,2 Prozent des BSP) (Quelle Weltbank, 2006). Allein um ihre Zusagen für die Erreichung der Millenniumentwicklungsziele (MDGs) einzuhalten, müsste die philippinische Regierung 2007 90 Milliarden Pesos mehr für das Bildungswesen ausgeben als sie es tut.

Regierungsführung wird schlechter

»Good governance« (gute Regierungsführung) ist ein Schlagwort, das seit einigen Jahren zu den Lieblingsvokabeln der Entwicklungspolitik gehört – und Arroyo brüstet sich immer wieder damit, diese in den Philippinen nachhaltig verbessern zu wollen. Diokno ist da skeptisch. Nach seinen Angaben habe sich die Situation im Bereich zentraler Elemente von »good governance« – als da wären: politische Artikulation (*voice*), Rechenschaftslegung (*accountability*), politische Stabilität, Wirksamkeit öffentlicher Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit oder Korruptionskontrolle – in den letzten Jahren verschlechtert.

Ausländische Investoren hätten die Philippinen gemieden, was Diokno auf die schlechte Regierung und eine »trotzlose öffentliche Infrastruktur« zurückführt. Ihnen fehle es an Vertrauen in die Philippinen.

Dem Weltwirtschaftsforum zufolge haben die Philippinen in den letzten sechs Jahren massiv an »globaler Wettbewerbsfähigkeit« eingebüßt. Belegten sie 2000 noch Rang 48 (*und das zu Zeiten von Joseph Estrada! – die Red.*) so nahmen sie in 2006 nur noch Rang 71 ein (nach Diokno).

Selbst die inländischen Investitionen sind seit 2001 kontinuierlich gesunken. Mittlerweile betragen sie nur noch 15 Prozent des BSP. 2001 waren es noch 19 Prozent. Zum Vergleich: In China betragen sie in 2006 44,9 Prozent, in Vietnam 35,4 Prozent. In Ostasien stehen nur Laos und Kambodscha noch schlechter da.

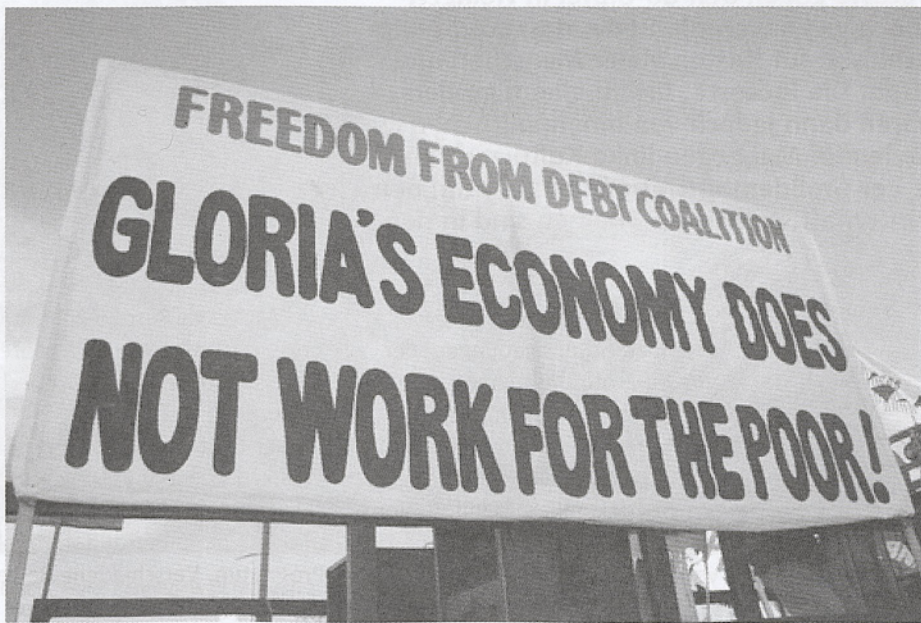
Redaktionell bearbeitet von Verena Schmidt und Niklas Reese.

Anmerkung

- 1) Die gesamte Präsentation »Real State of the Nation« von Benjamin Diokno findet sich im Netz unter: pcij.org/blog/wp-docs/Diokno_Real_State_of_the_Nation.pdf

Weitere Quellen:

- Alecks P. Pabico (23.07.2007): *What's the real State of the Nation*
Philip Ney (21.07.2007): *RP remains a laggard in global competitiveness*



Proteste gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung

Quelle: Freedom from Debt Coalition

Seit 2000 sind die Zahlen derjenigen, die die Grundschule bzw. die Sekundarstufe (*high school*) abschließen, kontinuierlich gesunken: 2000 schlossen noch zwei vor drei Eingeschulten die Grundschule ab, von diesen wiederum haben sieben von zehn auch noch die High School abgeschlossen. 2006 waren es nur noch 56 Prozent der Eingeschulten, die die Grundschule abschlossen und nur 54 Prozent, derjenigen, die die High School begonnen haben, haben sie auch abgeschlossen (Quelle DECS, 2006).

Dr. Frederico Macaranas, Direktor des *AIM Policy Centers*, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Bildung oberste Priorität eingeräumt werden sollte, was sich vor allem in der besseren Ausbildung von Lehrer/innen sowie in der Anstellung von viel mehr Lehrkräften niederschlagen müsste. Des Weiteren sollten ausgebildete Fachkräfte in den Philippinen gehalten werden, wozu mehr Ausgaben für die Wissenschaft und die Universitäten beitragen könnten.